

1) Gaspreisdeckel zur Entlastung von Privathaushalten kostet je nach Modell zwischen gut 15 und knapp 37 Milliarden Euro

Hans-Böckler-Stiftung

Gaspreisdeckel zur Entlastung von Privathaushalten kostet je nach Modell zwischen gut 15 und knapp 37 Milliarden Euro Ein Gaspreisdeckel für den Grundverbrauch der deutschen Privathaushalte kostet den Staat je nach Ausgestaltung zwischen 15,6 Milliarden Euro und 36,5 Milliarden Euro für das Jahr 2023. Am günstigsten wäre ein Gaspreisdeckel, bei dem ein subventionierter Grundverbrauch abhängig von der Zahl der Personen im Haushalt gewährt wird. Bei diesem Modell würde die Entlastung faktisch relativ stark fokussiert auf Haushalte mit kleinen Wohnungen und/oder niedrigem Gasverbrauch im Verhältnis zur Personenzahl und entsprechend niedrigeren Heizkosten.

Link: <https://idw-online.de/de/news802170>

2) Mindestlohnerhöhung bringt Annäherung im unteren Entgeltbereich

Hans-Böckler-Stiftung

Auswertung von Lohnspiegel.de zum Tag der Deutschen Einheit Beschäftigte im Osten verdienen bei gleicher Qualifikation 14 Prozent weniger als im Westen – Mindestlohnerhöhung bringt Annäherung im unteren Entgeltbereich

Link: <https://idw-online.de/de/news802057>

3) Wie Löhne gerechter werden könnten

Ruhr-Universität Bochum

Starre Berufsbilder verschwinden aus der modernen Arbeitswelt; neben Qualifikationen werden Kompetenzen und Agilität immer wichtiger. Wie diese Veränderungen in Vergütungssystemen abgebildet werden können, erforscht Dr. Claudia Niewerth von der Gemeinsamen Arbeitsstelle der Ruhr-Universität Bochum (RUB) und der IG Metall. Die Sozialwissenschaftlerin analysierte bestehende Tarifverträge und Vergütungsvereinbarungen aus der freien Wirtschaft und führte Gespräche mit verschiedenen Stakeholdern. Daraus leitete sie zehn Merkmale für Vergütungssysteme in einer modernen Arbeitswelt ab. Über ihre Arbeit berichtet das Wissenschaftsmagazin Rubin der RUB.

Link: <https://idw-online.de/de/news802114>

4) Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Die krisenhafte Zuspitzung auf den Gasmärkten belastet die deutsche Wirtschaft schwer. Die stark gestiegenen Gaspreise erhöhen die Energiekosten drastisch und gehen mit einem massiven gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftentzug einher. Trotz eines Rückgangs in der zweiten Jahreshälfte dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,4% ausgeweitet werden. Für das kommende Jahr erwarten die Institute für das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt einen Rückgang um 0,4%, für das Jahr 2024 einen Anstieg um 1,9%.

Link: <https://idw-online.de/de/news802064>

5) Warum die gefühlte Inflation so viel höher ist - Laut Umfrage der IU Internationalen Hochschule liegt sie bei 34,2 %

IU Internationale Hochschule

Laut Befragung der IU Internationalen Hochschule macht sich mehr als die Hälfte der Verbraucher:innen aktuell große Sorgen. - Gefühlte Inflation liegt bei 34,2 Prozent, die gemessene bei 7,9 Prozent (Stand: August 2022, destatis). - Über 90 Prozent der Befragten machen sich angesichts steigender Preise Sorgen, 54,6 Prozent sogar „große Sorgen“. - Stärkster Verzicht in den Bereichen Energie, Hausrat und Reisen, am wenigsten bei Bildung und Unterhaltung. - Frauen schränken sich stärker ein als Männer, sind besorgter und haben ein höheres Inflationsempfinden.

Link: <https://idw-online.de/de/news802309>

6) Dauerkrise verändert die Arbeitswelt: Welche Soft Skills jetzt gefragt sind

Bertelsmann Stiftung

Seit Jahren schon ist die Welt im Dauerkrisen-Modus. Das verändert auch die Anforderungen am Arbeitsmarkt. Deutlich häufiger als vor der Krise verlangen Arbeitgeber:innen in Stellenanzeigen Besonnenheit, Einfühlungsvermögen und eine positive Grundeinstellung von zukünftigen Mitarbeiter:innen. Der neue Jobmonitor der Bertelsmann Stiftung macht diese Veränderungen am Arbeitsmarkt kurzfristig und sogar regional sichtbar.

Link: <https://idw-online.de/de/news802052>

7) Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte vereinfachen: SVR zu Chancen und Risiken eines Punktesystems

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR)

Mit der Einführung der von der Regierungskoalition geplanten Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems könnte das Erwerbsmigrationsrecht vor einem Systemwechsel stehen. Dafür ist laut Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) in der Politik ein Umdenken

nötig: Statt wie bisher bei ausländischen Arbeitskräften vor allem auf eine als gleichwertig anerkannte Berufsausbildung zu setzen, würden insbesondere materielle Qualifikationen wie etwa Berufserfahrung und Sprachkenntnisse an Bedeutung gewinnen.

Link: <https://idw-online.de/de/news802088>

8) Ostdeutschland: Bessere Bildungschancen für Jugendliche aus Einwandererfamilien

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Jugendliche aus Einwandererfamilien besuchen in Ostdeutschland deutlich häufiger das Gymnasium als im Westen. Ihr Anteil liegt mit 56 Prozent sogar deutlich über dem von Gleichaltrigen, deren Eltern in Deutschland geboren wurden – hier sind es rund 45 Prozent. Das zeigt eine repräsentative Auswertung zur Bildungssituation von jungen Menschen, die unter Leitung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) durchgeführt wurde. Im Westen lernen gerade einmal 28 Prozent der Jugendlichen aus Einwandererfamilien am Gymnasium. Der Unterschied zwischen Ost und West ist auch auf die soziale Herkunft der Eltern zurückzuführen, wie die Forschenden in der "Zeitschrift für Soziologie" schreiben.

Link: <https://idw-online.de/de/news802408>

9) Klimawende wird für Menschen immer wichtiger – trotz Energiekrise

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Ergebnisse des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers 2022 - Überlagert die aktuelle Energiekrise die Notwendigkeit ambitionierter Klimapolitik? Die Menschen in Deutschland wollen weiter an der Energiewende festhalten – trotz gestiegener finanzieller Belastungen. Mehr noch: Die Transformation zur Klimaneutralität ist ihnen gerade vor dem Hintergrund hoher Energiepreise wichtiger denn je und muss aus ihrer Sicht weiter an Tempo aufnehmen. Das zeigt die jährliche repräsentative Befragung von deutschlandweit mehr als 6.500 Personen zu Themen der Energie- und Verkehrswende, durchgeführt im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts Ariadne.

Link: <https://idw-online.de/de/news802366>

10) Kieler Ausgabenmonitor: Umverteilungsausgaben dominieren den Bundeshaushalt

Kiel Institut für Weltwirtschaft

Eine Analyse der Bundeshaushalte der letzten 21 Jahre durch das IfW Kiel zeigt: Deutschlands Bundesregierungen verteilen Haushaltsmittel vor allem um, dominierender

Posten sind Sozialausgaben mit bis zu über 40 Prozent aller Ausgaben. Dagegen investiert der Staat nur in deutlich geringerem Umfang in Infrastruktur, Bildung oder seine Institutionen. Im Jahr 2021 waren weniger als ein Viertel aller Haushaltsmittel für unmittelbar produktive Zwecke in Gegenwart oder Zukunft eingeplant. Einen sprunghaften Anstieg gab es dagegen bei Subventionen in Form von Finanzhilfen.

Link: <https://idw-online.de/de/news802348>

11) Neue Ausgabe des Difu-Magazins "Berichte" erschienen

Deutsches Institut für Urbanistik

Die aktuelle Vierteljahreszeitschrift des Deutschen Instituts für Urbanistik informiert über Forschungsergebnisse, neue Projekte, Veranstaltungen und weitere Aktivitäten rund um das Thema Stadt.

Link: <https://idw-online.de/de/news802133>

12) Tanja Brühl und Angela Ittel leiten TU9, die Allianz führender Technischer Universitäten in Deutschland

TU9 German Universities of Technology

Angela Ittel, Präsidentin der Technischen Universität Braunschweig, und Tanja Brühl, Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt, bilden das neue Präsidium der TU9-Allianz, die sie ab 1. Oktober 2022 als Doppelspitze führen werden.

Link: <https://idw-online.de/de/news802178>

13) 4,7 Millionen Euro für Mobility Start-ups in der Region Braunschweig-Wolfsburg

Technische Universität Braunschweig

Die Region Braunschweig-Wolfsburg wird unter der Federführung der Technischen Universität Braunschweig einen innovativen Hightech-Inkubator für Mobilität-Start-ups aufbauen. Vorgesehen sind dafür 4,7 Millionen Euro. Am 4. Oktober übergab der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, Stefan Muhle, dafür den Förderbescheid im Niedersächsischen Forschungszentrum Fahrzeugtechnik (NFF).

Link: <https://idw-online.de/de/news802407>